

Stefan Aust,
Rafael Seligmann (Hg.)

Brandmauer

Wie umgehen mit der AfD?

Mit Beiträgen von
Stefan Aust
Johannes Beermann
Sigmar Gabriel
Reiner Haseloff und Robert Burdy
Margot Käßmann
Mouhanad Khorchide
Thomas Walter Köhler
Christian Kullmann
Thomas Schwartz
Rafael Seligmann
Christian Ude
Theo Waigel

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026

Hermann-Herder-Str. 4, 79104 Freiburg

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich an
produktsicherheit@herder.de

Umschlaggestaltung: Gestaltungssaal, Rohrdorf

Satz: Arnold & Domnick, Leipzig

Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-03897-6

ISBN E-Book (E-Pub): 978-3-451-84406-5

ISBN E-Book (PDF): 978-3-451-84407-2

Inhalt

Die Brandmauer als Verhinderer
politischer Alternativen

Von Stefan Aust

7

Wir sind das Volk
Von Rafael Seligmann

19

Wer darf der AfD die rote Karte zeigen?

Von Johannes Beermann

35

Wut und Angst überwinden jede Brandmauer

Von Sigmar Gabriel

54

Die Brandmauer gehört zur DNA der CDU

Von Reiner Haseloff und Robert Burdy

69

Nicht nur löschen, sondern auch gießen:

Rosen statt verbrannter Erde

Von Margot Käßmann

84

Die Verweigerung der Auseinandersetzung
mit dem eigenen Extremismus im

Islam und Christentum

Von Mouhanad Khorchide

100

Rede oder Sage – eine psychologische Analyse
geschichtspolitischer „Wälle“ und „Mauern“

Von Thomas Walter Köhler

114

Brücken bauen. Unternehmerisch handeln,
politisch wirken

Von Christian Kullmann

129

Der Wähler ist der Täter

Von Thomas Schwartz

143

Die Angst der demokratischen Parteien vor
der Auseinandersetzung mit der AfD

Von Christian Ude

154

Ein Demokratieprojekt statt einer Brandmauer

Von Theo Waigel

174

Über Herausgeber und Autoren

184

Die Brandmauer als Verhinderer politischer Alternativen

Von Stefan Aust

Mit Mauern ist das so eine Sache. 28 Jahre lang trennte eine aus Beton und Stacheldraht Ost- von Westdeutschland, die DDR von der Bundesrepublik. Aus Sicht der offiziellen DDR-Politik war es ein „antifaschistischer Schutzwall“. Aus Sicht der Bundesrepublik und wohl der meisten Einwohner des „Arbeiter- und Bauernstaates“ war es eine Mauer, die DDR-Bürger einsperrte, ihnen die Freiheit nahm. Jetzt soll ein demokratischer Schutzwall, genannt „Brandmauer“ die Demokratie vor der AfD schützen. Das scheint immer weniger zu klappen.

Und so wie der „antifaschistische Schutzwall“ die DDR nicht vor dem demokratischen Kollaps des Sozialismus rettete, wird auch die Brandmauer das Land nicht vor den Alternativen retten. Im Gegenteil. So wie Mauer und Stacheldrahtzäune zum Symbol der Unfreiheit in der DDR wurden, so zeigt die Brandmauer die Schwäche der divers miteinander regierenden Parteien des gesamten Farbspektrums von Grün über Hellrot und Dunkelrot bis Schwarz, genannt „Die Mitte“.

Wenn sich alle gegenüber einer alternativen Partei zusammenschließen, so macht man sie in Wahrheit

stärker, als sie sich das in ihren schönsten Träumen wünschen könnte. Wenn jemand CDU wählen möchte, damit aber je nach Bundesland eine Koalition aus einem grün-schwarzen oder rot-schwarzen oder tief-rot-rot-schwarzen Bündnis wählt, die seine gewählten Konservativ-Liberalen dann an der Nase durch die politische Arena führen, neigt er zur Alternative. Auch wenn er mit den Typen in der Alternativpartei nicht viel anfangen kann. Da fällt ihm auch der eine oder andere Politiker aus den etablierten Parteien ein, von dem er nur ungern regiert werden möchte. Und wenn Alice Weidel sagt, es regnet, dann scheint deshalb noch lange nicht die Sonne.

Es ist die Politik seit Angela Merkel, die es geschafft hat, den Alternativen die Türen sperrangelweit zu öffnen. Sie hat es geschafft, dass die Bundesrepublik de facto keine Grenzen mehr hat, dass jeder aus jedem Land der Welt praktisch jederzeit einreisen kann, wenn er die notwendige Hilfe der entsprechenden Schleuserbanden hat. Das hat die Kanzlerin damals dadurch erreicht, dass sie das bestehende Aufenthaltsrecht mal eben ausgehebelt hat. Danach dürfen Asylsuchende, Schutzsuchende, Migranten oder wie auch immer sie bezeichnet werden, wenn sie aus einem sicheren Drittland kommen, eigentlich nicht einreisen. Merkels Anweisung an ihren damaligen gehorsamen Innenminister, die Grenzen für jedermann ob mit oder ohne Pass zu öffnen, war eindeutig rechtswidrig – auch wenn die Berliner Staatsanwaltschaft eine

entsprechende Anzeige gegen Merkel damals abwies. Die Begründung lautete, es habe sich bei der Entscheidung der Bundeskanzlerin um eine „vorübergehende“ Maßnahme aus humanitären Gründen gehandelt, die ja auch von Bundesinnenminister de Maizière gebilligt worden sei. Inzwischen wissen alle, dass der Bundesinnenminister damals nur die Weisung der Kanzlerin befolgt hat. Und im Übrigen wird die „vorübergehende“ Maßnahme nunmehr seit einem guten Jahrzehnt praktiziert. Die ebenso schön klingende wie naive Aussage der Kanzlerin, es gäbe beim Asyl keine Obergrenze, hat die Situation geschaffen, mit der dieses, ihr Land jetzt zu tun hat. Da geht es um die Unterbringung, also den Wohnraum, das Bürgergeld und nicht zuletzt die öffentliche Sicherheit.

Schuld an der AfD sind die Parteien, die in Bund und Ländern so schlecht regieren, dass ihnen die Wähler vor der parteiübergreifenden grünen Welle davonlaufen. Bloß weg, ganz egal wohin. Das kann nicht gut gehen.

Und schon kommt die Diskussion über ein Parteiverbot der Alternativen wieder hoch. Und zwar aus „höchst demokratischen“ Gründen. Dann könnte man auch gleich Falschwahl-verdächtigen Personen das Wählen verbieten. Vielleicht sollten sich diese Überdemokraten lieber mal mit den Gründen beschäftigen, warum AfD oder auch BSW gewählt werden.

Abwarten und Tee trinken kann ja auch eine politische Strategie sein. Ob sie zum Erfolg führt, dürfte eher

zweifelhaft sein. Für das Nichtstun in den wirklich wichtigen Bereichen Ukrainekrieg, Migration, Energie, staatliche Geldverschwendung etc. heißt die Quittung AfD. Die Chancen, ihren weiteren Vormarsch zu stoppen, werden bei jeder Wahl schlechter.

Rot-grün-schwarzes Aufbauprogramm für die AfD
Vielleicht hätte die Ampel in der Mitte ihrer ärmlichen Legislaturperiode noch eine radikale Regierungsumbildung in Angriff nehmen können. In der Mitte hätte Kanzler Scholz die grünen Träumer aus der Regierung entlassen und dafür die Union aufnehmen können. Die Christdemokraten wären dann zwar stärker als die Sozialdemokraten gewesen und hätten in der schwarz-roten Koalition den Kanzler stellen können, aber vielleicht hätte man mal über den Tellerrand hinausblicken können. Etwa so: Die FDP bleibt in der Koalition und stellt weiter den Finanzminister. Merz wäre Vizekanzler geworden. Scholz wäre Kanzler geblieben. Und dann hätte man mit dieser Mehrheit die Probleme angepackt. Als Signal nach außen die drei kürzlich abgedrehten Atomkraftwerke wieder anschalten, die Fantastereien der erneuerbaren Energien zurückdrehen, die Migrationsfrage anpacken.

Aber auch der gesammelte Unsinn der Ampel wäre angegangen worden: von Habecks Wärmepumpen-Diktat, der Cannabis-Legalisierung, der jährlichen Geschlechts-

umwandlung auf den Personalpapieren, der Gelände-freigabe für Windparks allerorten, der generellen Abschaffung der Atomkraftwerke und dem gleichzeitigen Import von Nuklearstrom aus dem Ausland, dem Verbot des Fracking und gleichzeitigem Massenimport von Fracking-Gas aus den USA, dem für die deutsche Automobilindustrie selbstmörderischem Verbot der Verbrennermotoren, dem ständigen Beschwören der Klima-Apokalypse, für die Billionen nutzlos zum Fenster herausgeworfen werden, hierzulande und in aller Welt.

Und dann hätte man von Anfang an deutlich gemacht, dass man nach angepackter Arbeit bei den nächsten Bundestagswahlen wieder gegeneinander antreten werde – vielleicht hätte das die AfD zurückgedrängt. Aber nach der Wahl ging es ja schnurstracks weiter mit dem kollektiven rot-grün-schwarzen Aufbauprogramm für die Alternativen.

Das Wichtigste an der Demokratie sind ja nicht die Wahlen selbst. Wahlen gibt es auch in Staaten, die weit von einer Demokratie entfernt sind. Das Wichtigste ist die Möglichkeit des Abwählens. Nur eine Demokratie, bei der die Regierenden von den Wählern per Wahlzettel abgewählt werden können, ist eine wirkliche Demokratie. Das mag manchmal unerfreulich sein, vor allem für die Regierenden. Und da mögen auch plötzlich ganz unerfreuliche Parteien an die Macht kommen, aber so ist das nun mal in einer Demokratie – der schlechtesten

Staatsform, außer allen anderen – wie Winston Churchill einst sagte.

Wenn die CDU Bündnisse mit den Linken oder weiter mit den Grünen macht, darf sie sich nicht wundern, wenn immer weniger für die Christdemokraten stimmen. Wer eine CDU-Regierung will und dann mit den Linken oder den Grünen im Regierungsbett aufzuwachen droht, stimmt vorsichtshalber anders. Oder er geht gar nicht zur Wahl. Eine Partei, die ihre Grundsätze über Bord wirft, um an die Macht zu kommen, darf sich nicht wundern, wenn ihr die Wähler abhandenkommen. Das beste Rezept, Stimmen zu gewinnen, ist eine ordentliche, realitätsbezogene Politik, jenseits irrationaler Träumereien oder apokalyptischer Untergangsszenarien. Es ist die Wirklichkeit, mit der Politiker umgehen müssen. Und die beginnt vor der Haustür.

Natürlich muss sich ein Politiker mit den wechselnden Realitäten auseinandersetzen und kann und muss deshalb seine Positionen überprüfen und gegebenenfalls verändern. Bei Kanzler Merz wird daraus ein peinliches Hü und Hott, wobei er offenbar nicht einmal die Zügel in der Hand hält, sondern sein Koalitionspartner SPD mit dessen lausigem 16-Prozent-Wahlergebnis. Das Schlimmste war unmittelbar nach der Bundestagswahl die Verfassungsänderung zur Aufnahme neuer Mega-Schulden von insgesamt 500 Milliarden Euro unter dem

Decknamen „Sondervermögen“ mithilfe einer Mehrheit des gerade abgewählten Parlamentes. Dafür schmierte er die Grünen mit künftigen 100 Milliarden für ihren „Klima- und Transformationsfond“.

Dass der „alte“ Bundestag noch bis zum Zusammentritt des neu gewählten Bundestags im Amt bleibt, ist nach dem Grundgesetz zulässig. Dass damit die Verfassung zur Aufnahme neuer Schuldenberge geändert wird, mag juristisch betrachtet verfassungsgemäß sein – verfassungsmoralisch ist das nicht.

Und da soll irgendein Wähler der AfD nicht ins Grübeln kommen, wenn dieser Partei vorgeworfen wird, verfassungsfeindlich zu sein?

Rückkehr in die politische Realität ist dringend angeraten

Diejenigen Wähler, die heute entweder gar nicht mehr zur Wahl gehen oder ihr Kreuz bei den rechten Alternativen abgeben, stimmen vorwiegend gegen eine grün geprägte Politik, die in vieler Hinsicht eher einer Glaubensrichtung ähnelt. Wenn die CDU im Gegensatz zur CSU immer noch mit einer Grünen-Koalition liebäugelt, darf sie sich nicht wundern, wenn ihr die Wähler das Kreuz versagen.

Wählen ist ja vor allem Abwählen.

Und es kann ja nicht der Sinn der parlamentarischen Demokratie sein, dass alle Parteien sich ständig gegen die eine Alternative zusammentun müssen. Das wäre dann

die neue „Nationale Front“ der DDR – hat ihr am Ende auch nicht geholfen. Klare Positionen, eine realitätsbezogene Politik, die primäre Vertretung der Interessen der Bevölkerung des eigenen Landes, ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn, ohne ständig andere zu belehren und das Geld der Steuerzahler mit der Gießkanne in weltweite ideologische Projekte zu investieren, wäre ja schon mal etwas. Vielleicht würde man dann so den einen oder anderen Wähler zurück aus dem alternativen Urwald holen.

Kein Wunder. Die persönlichen Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger mit ihrer sozialistischen Einparteiengierung, die sich auf die anderen Parteien der „Nationalen Front“ stützte, mit ihrer permanenten Drangsalierung und Überwachung kann ja auch zur Folge haben, dass man sich nicht wieder ständig dem rot-grünen Obrigkeitsgehabe und der Waschlappen-Schulmeisterei unterwerfen will. Die DDR-Bürger waren es, die es geschafft haben, das SED-Regime erst unter Druck und dann abzusetzen. Sie vor allem waren deshalb für den Mauerfall und damit die Wiedervereinigung verantwortlich. Deshalb nehmen sich viele auch heute die Freiheit, anders zu denken und zu wählen als der Durchschnitts-Wessie. Das mag vom Westen aus betrachtet manchmal unerfreulich sein. Aber abweichende Positionen gehören zur Demokratie. Und wenn die etablierten Parteien die drängenden Themen entweder gar nicht oder alle gleich behandeln, darf man sich nicht wundern. Von Energie bis Migration, vom

Klimawahn bis zu den Wölfen zwingen die rot-rot-grün-schwarzen Parteien die Menschen ja geradezu, ihnen den Rücken zu kehren. Einheit bedeutet ja nicht unbedingt Einheitlichkeit bei jedem Denkansatz. Da haben wir genügend echte Probleme.

Die etablierten Parteien servieren der AfD die Themen geradezu auf dem Silbertablett. Die müssen dann nur an die Wähler weitergereicht werden. Schon die Migrationspolitik von Kanzlerin Merkel war damals geradezu ein Konjunkturprogramm für rechte Gruppen und Parteien. Und daran hat sich ja de facto nichts geändert. Es wimmelt von Themen, mit denen der AfD die Wähler zugetrieben werden. Von der Klimapolitik über die Abschaltung von gut funktionierenden Kernkraftwerken und dem gleichzeitigen Import von Atomstrom aus Frankreich, von der albernsten Genderei bis hin zum Schutz der Wölfe, die regelmäßig Schafe, Rinder und Pferde reißen, haben sich die schwarz-rot-grün-güldenen Regierungsparteien in Bund und Ländern ziemlich weit von den realen Interessen der Bürger:innen (sic!) entfernt. Da darf man sich nicht wundern, wenn die bei den Wahlen alternative Kreuze machen.

Als unter Merkel die CDU nach links-grün rückte, wurde rechts von ihr einiges frei. Und nicht alles, was rechts von Angela Merkel lag, war rechts. Und weil die Kanzlerin ihre Politik auch gern für „alternativlos“ erklärte, hat

sie damit im Grunde sogar den Namen der AfD kreiert. Das muss ihr erst mal jemand nachmachen! Damit hat sie ihren Platz in den Geschichtsbüchern sicher. Nicht alle, die dem rot-grünen Einheitsdenken von Klima-Apokalypse, erneuerbaren Energieträumen, jährlichem Geschlechterwechsel, Viertagewoche, arbeitslosem Bürgergeld etc. gegenüber skeptisch sind, dürften auch nur annähernd rechts sein. Vielleicht haben sie nur recht. In den 1960er-Jahren hieß es bei Kritik immer: „Dann geh doch nach drüben!“ Und natürlich gab es damals auch Bundesbürger, die freiwillig in die DDR wechselten und da wohl auch besser aufgehoben waren – wie etwa Pfarrer Kasner, Angela Merkels Vater.

Und so gibt es unter den Politikern und den Wählern der AfD sicher auch etliche, deren politische, gesellschaftliche und moralische Grundüberzeugungen gefährlich aus der Zeit gefallen sind. Insofern wäre es dringend notwendig, dass die CDU wieder ihren früheren Platz im Parteienspektrum der Bundesrepublik einnimmt und sich mit der Realität beschäftigt, statt mit der grünen Erzieher:innenpartei und der Nicht-Arbeiter:innenpartei SPD um moralische Pluspunkte zu wetteifern. Da könnte es auch nicht schaden, sich mal genauer anzusehen, wie viel Steuergelder inzwischen vor allem für den bürokratischen Apparat, die rapide wachsende Zahl der Beamt:innen in Ministerien und Behörden, für die NGOs oder für Entwicklungshilfe von Staaten wie China und In-

dien draufgeht, die Geld genug für Weltraumfahrt haben und nicht nur dafür.

Vielleicht würde die Karriere der AfD schnell zu Ende sein, wenn die etablierten Parteien zur Wirklichkeit zurückkehren würden, statt wie Trautritzer mit überschäumender Moral und schuldenfinanziertem Geld der Bürger:innen um sich zu werfen.

Eine Brandmauer ist gefährlicher als der offene politische Streit

Das wirklich Gefährliche an der AfD ist, wenn sie es schafft, alle übrigen Parteien zu einem großen Regenbogenbündnis zusammenzubügeln, und wenn die anderen Parteien das mit sich machen lassen, statt zu vertreten, was ihre Wähler von ihnen verlangen. Da hilft nur eines: Zurück auf den Boden der Realität, sagen, was ist, und tun, was notwendig und vernünftig ist, statt vor von links aufgepusteten Rechten nach links zu flüchten.

Sagen wir es mal umgekehrt: Wenn die AfD bei ihren politischen Forderungen im Rahmen des Vernünftigen bleiben würde und zum Beispiel bei allen Überlegungen zu Veränderungen in der EU nicht gleich deren Abschaffung fordern würde, bei aller berechtigten Kritik an der sinnlosen Ausbreitung von Windparks bis hinein in jahrhundertealte Märchenwälder nicht gleich das Plattmachen aller Windräder jetzt und sofort verlangen würde, bei der Begrenzung der Migration nicht mit Kampf-

begriffen wie „Remigration“ um sich werfen würde und auch sonst auf einige doppeldeutige Formulierungen verzichten würde, also auch mit ihren Forderungen auf dem Boden der Realität bleiben würde, und dann noch vernünftige, halbwegs sympathische Politiker hätte – dann müssten sich die anderen Parteien wirklich umgucken.

Eine Brandmauer jedenfalls ist gefährlicher als eine offene Auseinandersetzung, eine Diskussion, auch ein politischer Streit. Auch wenn sie als „antifaschistischer Schutzwall“ propagiert wird, damals wie heute.